

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 385

16. Mai 2007

13. Jahrgang

Startschuss für die Wahlen

Mit dem Dekret 1-2007 berief das *Oberste Wahlgericht* (TSE) am 2. Mai offiziell die Wahlen ein. Gewählt werden PräsidentIn, VizepräsidentIn, 158 Kongressabgeordnete, 20 Abgeordnete für das *Zentralamerikanische Parlament* (Parlacen) sowie deren StellvertreterInnen und 332 BürgermeisterInnen. Bis zum 11. Juli haben die Parteien nun Zeit, ihre KandidatInnen ins Wahlregister einzutragen. Wahltag ist der 9. September, kommt es zu einer zweiten Wahlrunde, was ziemlich wahrscheinlich ist, findet diese am 4. November statt.

Wir nutzen den Wahlauftakt, um einen Überblick über das aktuelle Wahlpanorama zu geben.

Im Vergleich zu früheren Wahlen finden die diesjährigen um zwei Monate vorgezogen statt, im September anstatt im November. Damit hofft man, rund einer halben Million Personen die Beteiligung an den Wahlen zu ermöglichen, Leuten, die normalerweise die letzten beiden Monate des Jahres fern ihrer Wohnorte als temporäre ArbeiterInnen bei der Ernte auf den Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen verbringen. Gelingt es tatsächlich, diese Leute zur Wahl zu motivieren, könnte nicht nur die Wahlbeteiligung um rund 20% erhöht werden, sondern es könnte sich auch die Wahl-Soziologie verändern, handelt es sich doch bei diesen Personen in erster Linie um indigene BäuerInnen aus dem Hochland.

Ein anderer Sektor, der immerhin etwa 12% der Bevölkerung ausmacht, nämlich die MigrantInnen, wird jedoch nicht als Wählerschaft berücksichtigt. MigrantInnenorganisationen in den USA fordern von der Regierung, ein System einzuführen, das ihnen die Wahlbeteiligung ermöglicht, sowohl als WählerInnen wie auch als KandidatInnen. Mit dem Argument, dass sie einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor bilden, wollten sie auch politisch mitreden können, was in ihrer Heimat geschieht. Das *Netzwerk für Frieden und Entwicklung* (RPDG), eine der grossen guatemaltekischen MigrantInnenorganisationen in den USA, fordert die Parteien auf, nebst einer Indígena- und einer Frauenquote auch eine MigrantInnenquote einzuführen, damit garantiert ist, dass dieser Sektor ebenfalls über eine Vertretung im guatemaltekischen Kongress verfügt. Die Vizeausserministerin, Marta Altolaquirre, glaubt jedoch nicht daran, dass eine Stimmabgabe im Ausland organisiert werden kann, dafür fehle es an politischem Interesse.

Sicher ein Vorteil von vorgezogenen Wahlen ist, dass die Übergangszeit bzw. die Vorbereitungszeit für die neu antretenden Autoritäten länger ist. Bisher war diese im Fall des Präsidenten und Vizepräsidenten, vor allem, wenn es eine zweite Wahlrunde gab, sehr knapp, fand diese nämlich jeweils erst Ende Dezember statt, während die Regierungsübergabe gemäss Verfassung immer auf den 14. Januar angesetzt ist. Gemäss dem aktuellen Zeitplan haben nun die Kongressabgeordneten und BürgermeisterInnen vier Monate Zeit, um sich auf ihr neues Amt vorzubereiten, PräsidentIn und Vizepräsi-

dentIn immerhin noch zwei Monate.

Etwas komisch mutet die Tatsache an, dass zwar die 20 Abgeordneten für das Parlacen dieses Jahr gewählt werden, ihren Posten jedoch erst im Jahr 2011 antreten werden. Trotzdem wird ihnen ab dem Moment ihrer Einschreibung ins Wahlregister absolute Immunität gewährt. Im Falle einer erfolgreichen Wahl gilt diese Immunität bis zum Ende ihres Mandats im Jahr 2016. Dies könnte für gewisse Personen, zum Beispiel für den Sohn von Efraín Ríos Montt, Enrique, gegen den ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft läuft, von grossem Nutzen sein. Von ihm wird gefordert, Rechenschaft abzulegen über die Verwendung von 280 Mio. Quetzales zu seiner Zeit als Angestellter der Finanzabteilung des Militärs im Jahr 2001.

Mindestens 18 verschiedenen Parteien nehmen an den Wahlen teil und mindestens 15 davon stellen KandidatInnen für die Präsidentschaft auf. Real haben aber gemäss Umfragen der guatemaltekischen Tageszeitungen bloss vier eine Chance, diesen Posten zu erlangen. Dies sind: Álvaro Colom von der Partei der „Nationalen Einheit der Hoffnung“ (UNE), der pensionierte General Otto Pérez Molina von der „Patriotischen Partei“ (PP), Alejandro Giammattei für die aktuelle Regierungspartei „Grosse Nationale Allianz“ (GAN) und Rigoberta Menchú, die für die Partei „Begegnung für Guatemala“ (EG) antritt.

Wenn auch nicht mit Gewinnchancen, doch mit im Spiel mischt auch die „Republikanische Front Guatemalas“ (FRG) und deren Generalsekretär und Aushängeschild Efraín Ríos Montt. Ihm gelang es, mit der Einschreibung ins Wahlregister erneut die Immunität zu erlangen, womit die beiden gegen ihn angestrebten Klagen wegen Genozids einmal mehr und auf unbestimmt blockiert sind. Präsidentschaftskandidat der FRG ist Luís Rabbé, ehemaliger Minister für Kommunikation und Verkehr, während der mehr als korrupten FRG-Regierung von Alfonso Portillo, und als Vizepräsident kandidiert der bisherige Kongressabgeordnete Haroldo Quej. Ríos Montt selber kandidiert an erster Stelle auf der Liste der Kongressabgeordneten, sein erklärtes Ziel ist, dieses Gremium zu präsidieren.

Momentaner Spitzenreiter bei den Umfragen ist Ál-

varo Colom, der bereits zum dritten Mal zu den Präsidentschaftswahlen antritt. Im Jahr 1995, als er für die damals noch geeinte Linke das erste Mal kandidierte, vereinte er immerhin 12% der Stimmen auf sich. Als er bei den letzten Wahlen bereits mit seiner eigenen Partei UNE antrat, schaffte er es mit ca. 36% der Stimmen in die zweite Wahlrunde. Colom gewann damals in fast allen Departements des indigenen Hochlands, da er sich unter der Regierung von Álvaro Arzú einen Namen als untadeliger Chef des *Nationalen Friedensfonds* (FONAPAZ) gemacht hatte. Ein Teil dieser Stimmen wird ihm in diesen Wahlen die indigene Kandidatin Rigoberta Menchú streitig machen. Als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft stellt die UNE den renommierten Herzspezialisten Rafael Espada auf.

Die PP kandidiert mit dem Ex-General Otto Pérez Molina, der in seinen populistischen Diskursen eine soziale Besserstellung der armen Bevölkerung verspricht sowie das Vorgehen mit „harter Hand“ gegen die herrschende Gewalt. Eine Mischung, die offenbar ankommt; dass hinter diesem Diskurs ein militaristisches Denken steckt und eine völlige Verdrehung von ehemals von linken Parteien besetzten Begriffen wie z.B. Solidarität, ist offenbar Nebensache. Der Vizepräsidentschaftskandidat der PP ist Ricardo Castillo Sinibaldi, einer der größten Investoren luxuriöser Vergnügungszentren für die Angestellten des Privatsektors (IRTRA), die „ein Anrecht auf Erholung haben, ein heiliges Gut, das Gott uns schenkt, um uns für die täglichen Mühen und Anstrengungen zu belohnen“. Die Arbeitsbedingungen der Angestellten dieser Zentren hingegen zeichnen sich aus durch Flexibilisierung, Kurzarbeitsverträge, keine Sozial- und Altersversicherung und die Unterbindung von Gewerkschaften. Soviel zum Thema Solidarität, wie sie die *Patritiotische Partei* versteht.

Alejandro Giammattei, Präsidentschaftskandidat der GANA, hätte wohl, wären die Wahlen im letzten September gewesen, eine reelle Chance auf einen Sieg gehabt. Als damaliger Chef des Gefängniswesens ging er als „Held und Retter“ aus der „Rückeroberung“ des Hochsicherheitsgefängnisses „El Pavón“ hervor (siehe ¡Fijáte! 369). Dass dabei sieben als Anführer des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels hochstilisierten Häftlinge brutal umgebracht wurden, wurde unter dem Stichwort „der Zweck heiligt die Mittel“ von der breiten Bevölkerung akzeptiert. Die Popularität Giammatteis hat aber bereits wieder abgenommen. Einerseits, weil unterdessen das *Menschen-*

rechtsprokurat (PDH) in einem Bericht über den Hergang dieser „Rückeroberung“ einige Ungereimtheiten an den Tag brachte, andererseits weil die jüngsten Skandale rund um das Gefängniswesen klar zeigen, dass hier Korruption bis in die allerhöchsten Etagen verbreitet ist. Giammattei hat zwar den Ab sprung rechtzeitig geschafft, die Pavón-Geschichte reicht ihm aber nicht als treibendes Vehikel in einer Wahlkampagne.

Und dann ist da noch Rigoberta Menchú, die grosse Unbekannte in diesen Wahlen. Ihre Teilnahme könnte, ginge es ihr nicht gleichermassen um Macht wie allen anderen, eine unterhaltsame Abwechslung in die Wahlkampagnen-Dynamik bringen. Leider macht sie es aber genauso wie alle anderen: Sie stellt ihre Person in den Vordergrund und hat bisher noch keine politische Plattform vorgestellt die interessante politische Inhalte hätte. „Frau und Indígena“ allein reicht nicht für ein Regierungsprogramm und es bleibt zu hoffen, dass Rigoberta eine Kampagne führt, die am Ende nicht genau diesen beiden Sektoren, den Frauen und den Indígenas, im Hinblick auf zukünftige politische Partizipation, schadet.

Die Kosten für die Durchführung der Wahlen werden auf rund 56 Mio. US-\$ veranschlagt. Ausserdem werden mehr als 2000 lokale und internationale WahlbeobachterInnen erwartet, darunter VertreterInnen der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), der Europäischen Union aber auch des guatemalteckischen Menschenrechtsprokurats, der *Universität San Carlos*, der Privatwirtschaft und aus dem indigenen Sektor. Wie bereits bei den letzten Wahlen verspricht auch der von verschiedenen guatemalteckischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengesetzte *Mirador Electoral* eine minutiöse Wahlbeobachtung, nicht nur am Tag selber, sondern auch im Vorfeld und in der Transitionsphase.

Anlässlich des Kampagnenstarts forderte der Präsident des *Obersten Wahlgerichts* (TSE), Oscar Bolaños, die KandidatInnen und GeneralsekretärInnen der Parteien zu transparenten Wahlen auf, das Wahlgesetz zu respektieren und auf Gewalt zu verzichten. Dieser Aufruf mutet etwas naiv an, angesichts der schon seit Monaten auf nicht gerade ehrenwerte Weise geführte Wahlpropaganda einzelner Parteien und der Tatsache, dass es das TSE nicht geschafft hat, im Gesetz zu typifizieren, was genau ein so genanntes Wahldelikt ist, geschweige denn, wie ein solches sanktioniert wird.

Pro Partei darf während der 17-wö-

chigen Wahlkampagne nicht mehr als 41.5 Mio. Quetzales (ca. 5.5 Mio. US-\$) investiert werden. Diese Zahl wurde anhand der rund 5.5 Mio. wahlberechtigten Personen berechnet, jede Partei darf also pro potentieller/m WählerIn 1 US-\$ in Wahlpropaganda investieren. Gemäss Selbstdeklaration wird die GANA rund 42 Mio., die PP 40 Mio., die FRG 27 Mio. und die linke ANN 20 Mio. Quetzales in ihre Kampagnen investieren. Der Rest der Parteien wird zwischen 9 und 15 Mio. Quetzales für Wahlpropaganda ausgeben. Hübsche Summen, die einmal mehr zeigen, dass Macht ihren Preis hat, den nicht alle bezahlen können.

Verschiedene Organisationen und AnalystInnen äussern sich besorgt über die Verstrickung des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels in die Parteien und BürgerInnenkomitees sowie über die damit einhergehende politisch motivierte Gewalt. Im Verlauf des letzten Jahres wurden 43 Gewalttaten gegen parteipolitische AktivistInnen verübt, 28 davon endeten tödlich. Die UNE von Álvaro Colom ist die am meisten betroffene Partei und hat 14 Morde an Parteimitgliedern zu verzeichnen. Die PP und die URNG haben je drei Todesopfer zu beklagen. Diese Attentate konzentrierten sich auf die Departements Guatemala, Jutiapa, Escuintla und San Marcos, mit Ausnahme von Guatemala Regionen, in denen der Drogenhandel und das organisierte Verbrechen florieren.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe

erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

URNG-MAIZ stellt KandidatInnen vor

Guatemala, 30. April. Die Koalition der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) und der *Breiten Bewegung der Linken* (MAIZ) stellt ihre KandidatInnen vor: Miguel Angel Sandoval, Vertreter der sozialen Bewegungen und Menschenrechtsaktivist als Präsidentschaftsanwärter und Walda Barrios, Universitätsprofessorin, Feministin und Präsidentin der *Nationalen Union der Guatemalteckischen Frauen* (UNAMG) als Vizepräsidentin.

In seiner ersten Rede als Kandidat verkündete Sandoval seine Solidarität mit den streikenden LehrerInnen, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und den LehrerseminaristInnen, die sich gegen eine Verlängerung ihrer Ausbildung wehren. Weiter verspricht Sandoval, sich mit seiner zukünftigen Regierungsequipe für eine Agrarreform einzusetzen, die zu einer wirklichen Entwicklung der ländlichen Gebiete führe. Dazu gehören die Vergabe von Krediten, technische Unterstützung und Projekte, die zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrungssicherheit beitragen.

Vehement spricht er sich gegen die Nutzung von Mais zur Herstellung von

Agrartreibstoffen aus: Mais gehöre in die Mägen der Leute und dürfe nicht als Mittel zur Lösung der weltweiten Energiekrise missbraucht werden. Weiter verspricht er die Respektierung der Rechte der indigenen Bevölkerung und die politische Beteiligung derselben sowie der Frauen in allen Belangen der nationalen Politik. Im Falle eines Wahlsieges will Sandoval Guatemala ins Freihandelsabkommen „Bolivarianische Alternative für Amerika“ (ALBA) integrieren, als „logische Massnahme, um das Land in den lateinamerikanischen Kontext zu integrieren und den Kampf gegen die Armut und für Entwicklung anzugehen“.

URNG-MAIZ sei ein Verbündeter der sozialen Bewegungen im Kampf um Land, gegen den Minenabbau, für die Rechte der indigenen Völker – die Volksbefragungen, die verschiedene Dörfer im Zusammenhang mit Goldminen und Stauseen durchgeführt haben, würden von einer linken Regierung ernstgenommen. Auch eine Steuerreform gehört zu seinem Regierungsprogramm

Walda Barrios ihrerseits ruft die Frauen dazu auf, sich dem Bündnis URNG-MAIZ anzuschließen, um die Veränderungen voranzutreiben, die das

Land brauche – im Namen aller Frauen und Männer, die ihr Leben in der Zeit des bewaffneten Konflikts verloren (Barrios selber musste während dieser Zeit zweimal ins Exil). Die politische Beteiligung der Frauen sei notwendig, erklärte Barrios und forderte nebst einer Quotenregelung den Respekt der Frauen und die Ablehnung jeglicher Formen von Gewalt gegen Frauen.

Auf der Liste der KandidatInnen für den Kongress erscheinen der Abgeordnete Alfredo de León, der sich zur Wiederwahl stellt, der Generalsekretär der URNG, Héctor Nuila, der Gewerkschaftsführer Luis Lara, Wendy Méndez von der Jugendorganisation HIJOS (*Söhne und Töchter von während dem Krieg verschwunden Personen*), der StudentInnenführer Calixto Morales, die aktuelle URNG-Kongressabgeordnete Alba Estela Maldonado, u.a.

Das Kollektiv linker Feministinnen hat bereits ihren Unmut und Protest ausgedrückt, da bei der Auswahl der KandidatInnen die von Walda Barrios geforderte Quotenregelung nicht berücksichtigt wurde und der Feministin Maria Dolores Marroquín die Kandidatur verweigert wurde.

Die CICIG geht in die nächste (Warte-)Runde

Guatemala, 11. Mai. Das Verfassungsgericht hat sein Urteil gesprochen: Die Schaffung der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) enthält keine Verfassungswidrigkeiten. Nun liegt es in den Händen des Kongresses, das Vorhaben endlich zu ratifizieren. Die Forderung nach der CICIG wurde vornehmlich im Zusammenhang mit dem Mord an den salvadorianischen Abgeordneten und den Polizisten, die deren mutmassliche Mörder waren, im Februar wieder lauter und von zahlreichen internationalen Instanzen zur Sprache gebracht.

Mitte Dezember war das Vorhaben bereits von einem Vertreter der Vereinten Nationen und von Vizepräsident Eduardo Stein unterzeichnet worden, der es seit Anfang des Jahres dem Parlament unterbreitet hat (siehe ¡Fijáte! 375). Dieses wiederum hatte im März entschieden, lieber auf Nummer Sicher zu gehen und alle rechtlichen Bedenken aus dem Weg zu räumen. Ähnliche Prozeduren hatten vormals das Projekt der *Internationalen Untersuchungskommission Illegaler Körperschaften und klandestiner Sicherheitsapparate* (CICIACS) ausgebremst und aufgrund von Verfassungswidrigkeiten verworfen.

Es waren ursprünglich die *Republi-*

kanische Front Guatemalas (FRG), die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN), die ihre Zweifel an der CICIG vorbrachten: Sie stellten die generelle Verfassungsentsprechung in Frage sowie die Sicherung der Autonomie der Staatsanwaltschaft und stellten die Vorbedingung in Frage, dass das entsprechende Dekret von einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten verabschiedet werden müsse. Doch aufgrund des CICIG-Mandats, die Staatsanwaltschaft in deren Ermittlungen nur zu unterstützen, ist die Autonomiesorge unbegründet. Auch sonst gibt es keine Widrigkeiten gegen die *Carta Magna*.

Nach diesem Aufschub der Entscheidung kommt den Abgeordneten die nächste Verzögerung wohl recht: Die Lesung des Gerichtsentscheids wird am 16. Mai stattfinden, einen Tag nach Beginn der Parlamentarischen Pause. So sei es nun schlichtweg nicht möglich, die Debatte zu beschleunigen, um den Gesetzesvorschlag zu ratifizieren.

Doch die Politanalystin Carmen Aída Ibarra der Myrna-Mack-Stiftung macht darauf aufmerksam, dass die Abgeordneten durchaus eine ausserordentliche Sitzung einberufen könnten, um das Thema zu behandeln. „Die Winter-

pause sollte keine Entschuldigung dafür sein, die Billigung der CICIG hinauszuzögern.“ Denn der Wahlprozess ist nun eingeläutet und „in einer so intensiven Phase wie dem Wahlkampf wird die Verabschiedung von Gesetzesinitiativen immer komplizierter“, so Ibarra.

Dem Vorhaben haben nun die UNE, die Regierungspartei GANA, die *Unionistas* und die *Patriotische Partei* ihre Unterstützung bereits zugesagt, FRG und PAN wollen ihre Parteiposition erst noch abstimmen.

Zu den Aufgaben der Internationalen Kommission unter UN-Führung gehört die Feststellung von Illegalen Sicherheitskörperschaften und klandestinen Apparaten, die Untersuchung ihrer Strukturen und Operationsformen, Finanzquellen und möglichen Verbindungen zu staatlichen Institutionen, FunktionärInnen und anderen Sektoren. Ausserdem soll die CICIG mit dem Staat zusammenarbeiten in der Zerschlagung dieser Strukturen und der Förderung von Ermittlungen, Strafverfolgung und Sanktionierung von Verbrechen, die von ihren Mitgliedern begangen werden. Die Empfehlung von politischen Ansätzen zur Austilgung dieser Art von Gruppen und zur Verhinderung ihres Wiederauflebens rundet das CICIG-Mandat ab.

Eine neue Vereinbarung zwischen Lehrenden und Regierung!

Guatemala, 12. Mai. Nach 25 Tagen der Arbeitsniederlegung in fast dem ganzen Land haben die LehrerInnen der öffentlichen Schulen ihren vierten Streik während der Amtszeit von Präsident Berger beendet und sind in die Klassenräume zurückgekehrt. Dieser Streik kulminierte mancherorts in Auseinandersetzungen mit der Polizei und der zeitweiligen Festnahme von 22 Demonstrierenden in Escuintla.

Nun wurde eine neue Vereinbarung zwischen LehrerInnen und Autoritäten getroffen, nach den vielen vorherigen, vornehmlich von Regierungsseite nicht erfüllten Verhandlungsergebnissen.

Zwei Punkte, die in den letzten Wochen die Diskussion noch einmal extra angeheizt hatten, waren die Lohnerhöhung und die angedrohte Sanktionierung der Streikenden. Ausgehend von der Forderung der Lehrenden nach 15 Prozent Erhöhung ihres Gehaltes gegenüber der Bereitschaft der Regierung zu 8 Prozent mehr, hatte letztere in missverständlicher Form eine vermeintliche Abmachung mit dem Gremium veröffentlicht, in der von 8% Erhöhung die Rede war. Das brachte die LehrerInnenschaft auf, sei dies doch überhaupt nicht miteinander ausgemacht, ausserdem habe die Regierung ihre im März gemachten Zusagen innerhalb des gegebenen Monats nicht erfüllt.

Im Zuge der Debatte um die Lohnerhöhungen kam der Plan der Führungsspitze des LehrerInnengremiums (ANM) ans Tageslicht, allen ANM-Mitgliedern einen bestimmten Prozentsatz der Erhöhung von Vorneherein abziehen zu wollen, um mit den so erhaltenen 35 Mio. Quetzales den juristischen Berater des Gremiums zu bezahlen. Dies löste nicht nur allgemeine Kritik aus sondern enthüllte zudem den bestehenden Interessensgraben innerhalb der ANM selbst. Nach anfangs recht breiter Unterstützung durch die Eltern der SchülerInnen, bröckelte im Laufe der Tage, in denen der Unterricht ausfiel, auch langsam dieser Beistand. In einem Ort im Department Quiché schlossen Eltern das Schulgebäude kurzweg ab und forderten eine neue Lehrbelegschaft.

Bildungsministerin María del Carmen Aceña setzte ihre gleich zu Beginn des Streiks erhobene Drohung schon bald in die Tat um und leitete für die ersten, wohl willkürlich ausgewählten 1'000 LehrerInnen, die ihre Arbeit niedergelegt hatten, ein Disziplinarverfahren ein. Daraufhin traf sich eine empörte Abordnung der ANM mit hochrangigen VertreterInnen einer bunten Mischung politischer Parteien: der *Nationalen Ein-*

heit der Hoffnung (UNE), der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der *Einheit der Nationalen Veränderung* (UCN) und der linken Koalition URNG-MAIZ, für die der Abgeordnete Alfredo de León anwesend war, der interessanterweise in der Presse später gar nicht mehr als Teilnehmer erwähnt wurde. Bei diesem Treffen erklärten sich die ParteipolitikerInnen bereit, die Forderung der LehrerInnen nach einer Amnestie für die Streikenden zu unterstützen. Damit setzten sie sich nicht nur der öffentlichen Kritik aus, die Situation wahlpolitisch zu missbrauchen. Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) und die *Myrna Mack-Stiftung* (FMM) zeigten sich zudem besorgt darüber, dass auf diese Weise der allgemein herrschenden Straflosigkeit Vorschub geleistet würde. Ausserdem könnte diese Aktion negative Folgen für die Betroffenen haben und schliesslich missbrauche sie das Konzept der Amnestie, zu deren Deklaration der Kongress durchaus befugt ist. Doch ist sie beschränkt auf das Strafgesetz und schweren gesetzeswidrigen, aber ganz konkreten Taten politischer Natur „ex-post“, also die bereits begangen wurden. Die jetzt vorgeschlagene „Generalbegnadigung“ dagegen im Vorfeld der möglichen Bestrafung sei indes unangemessen und beliebig. Sie erfülle in keiner Weise ein erforderliches allge-

meingültiges, gesellschaftliches Interesse.

Letztendlich haben sich das Bildungsministerium und die LehrerInnen im Beisein der vermittelnden Ehrenzeugen Sergio Morales, dem Menschenrechtsprokurator und Bischof Rodolfo Quezada Toruño auf elf Punkte geeinigt, die die wichtigsten Forderungen der DozentInnen beinhalten. Die LehrerInnen sind wieder in den Klassen und die Verfahren gegen sie aufgehoben. Es sollen von beiden Seiten integrierte Kommissionen gebildet werden, um den Fortschritt der Schulversorgungsprogramme mit Materialien und Speisung prüfend zu begleiten und ein weiterer Ausschuss soll sich der Redaktion eines Reglementvorschlags für das Bildungsgesetz annehmen. An einem Rundtisch soll schliesslich das neue Pensum der „Normalschulen“, an denen die LehramtsanwärterInnen ausgebildet werden, diskutiert werden, das im letzten Jahr per Ministerialentscheidung und zum Unmut und unter Kritik der Betroffenen von drei auf vier Jahre erhöht wurde.

Bis zum 24. Juni, an dem der ebenfalls von den Lehrenden eingeforderte Kollektivpakt unterzeichnet werden soll, steht auch die Diskussion um eine zusätzliche Erhöhung der zugesicherten 8% mehr Lohn aus.

Bischof Gerardi – neun Jahre später

Guatemala, 25. April. Ein Jahr und zwei Monate sind seit der Urteilsverkündung vergangen und erst jetzt hat das Verfassungsgericht den Beteiligten seinen im September getroffenen Entscheid mitgeteilt, den Einspruch der Verteidigung von den Militärs Byron Lima Oliva und Byron Disrael Lima Estrada abzulehnen. Gegen diese beiden und den Priester Mario Orantes war im Januar letzten Jahres die Verurteilung zu 20 Jahren Haft bestätigt worden. Verantwortlich gemacht werden die drei der Komplizenschaft in der aussergerichtlichen Hinrichtung von Bischof Juan José Gerardi Conedera am 26. April 1998. Das war zwei Tage, nachdem der Bischof den Bericht der Wahrheitskommission REMHI über die begangenen Gräueltaten während des internen bewaffneten Konflikts öffentlich präsentiert hatte.

Das Berufungsgericht hatte bereits die Strafen der Militärs von 30 auf 20 gekürzt und das erste Urteil modifiziert, laut dem beide direkt an dem Mord beteiligt gewesen seien. Diese Version wird

vom *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüro* (ODHAG) immer noch aufrechterhalten, das als Nebenklägerin an dem Fall beteiligt ist.

ODHAG-Leiter Nery Rodenas wundert sich über die extreme zeitliche Verzögerung der Bekanntgabe der Resolution, die die ganze Ermittlung gegen weitere Involvierte aufhalte. Nach der jetzigen Mitteilung müssen die Untersuchungen gegen den Oberst Rudy Pozuelos Alegría, Mayor Andrés Villagrán Alfaro und Oberst Juan Francisco Escobar Blas wieder aufgenommen werden. Alle drei waren Chefs des inzwischen aufgelösten *Präsidialen Generalstabs* (EMP) während der Regierungszeit Álvaro Arzús. Gegen sie läuft schon ein offener Strafprozess.

Unterdessen kündigte das ODHAG an, neue AugenzeugInnen des Mordes an Gerardi gefunden zu haben, womit bereits die Ermittlungen gegen weitere Verdächtige in Angriff genommen wurden und möglicherweise die intellektuellen Täter überführt werden.

Offizielle Bürgerwehren

Guatemala, 7. Mai. Obwohl es sich überhaupt nicht um eine speziell von Kriminalität betroffene Gegend handelt, hat der Bürgermeister von San Francisco Zapotitlán, Suchitepéquez, zwölf ehemalige Militärangehörige als gemeindeeigenes "Sicherheitskommando" eingestellt. Die Männer, die irgendwann einmal Militärdienst geleistet haben, werden mit (im Vergleich zu den sonst im Land kursierenden Waffen) alten Flinten ausgestattet und losgeschickt, um in der Gemeinde für Sicherheit zu sorgen. Der Bürgermeister, Marco Tulio González, rechtfertigte die Anstellung damit, dass die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) bloss fünf Polizisten stationiert habe, um "unser Gemeindeeigentum zu schützen".

Die neue Einheit wurde vom Gemeinderat bestätigt und nebst den altertümlichen Waffen mit Handschellen ausgestattet. Jeder von den zwölf Männern verdient im Monat 1400 Quetzales (ca. 165 US-\$). Zum Vergleich: Ein „normaler“ Polizist vergleichbaren Ranges verdient etwa das Doppelte.

Vor zwei Jahren begannen die BürgerInnen der Gemeinde, ihre eigene Sicherheits-Patrouille zu organisieren, was offenbar zu einer Reduktion von Gewalttaten und Überfällen geführt hatte. Eu-

phorisch über den Erfolg wurden die Patrouillen eingeschränkt, was bereits wieder zu einem leichten Anstieg von Gewalttaten führte. Als Folge davon entschied der Gemeinderat nun, in die Sicherheit zu investieren und stellte die Sicherheitspatrouillen an, obwohl die Gemeinde unter chronischem Geldmangel leidet, was letztes Jahr sogar zu einer vorübergehenden Schliessung der Gemeindeverwaltung geführt hatte. Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Gemeindeverwaltung für die lokale Bevölkerung?

Abgesehen davon, dass dies eine „nette Geschichte vom Dorf“ ist, muss man diese Entwicklung in einem breiteren Kontext betrachten und sich fragen, ob solche Eigeninitiativen nicht den Bemühungen der neuen Innenministerin, Adela de Torrebiarte, entgegenwirken, die eine „Säuberung“ innerhalb der Polizeikräfte durchführt. (Ende April wurden in diesem Zusammenhang rund 600 PolizistInnen wegen Korruption oder Beteiligung an Entführungen, Verbrechen oder Morden entlassen, was zum Teil auf vehemente Kritik stiess, da man befürchtet, dass, wird diesen Leuten keine Einkommensalternative geboten, sie sich als „Selbstständige“ auf dem freien Verbrechenmarkt anpreisen werden.)

Soziale, auf Sicherheitsfragen spezialisierte Organisationen plädieren ausserdem für eine fundiertere Ausbildung von PolizistInnen und verlangen, die Anforderungen, diesen Beruf auszuüben, zu erhöhen.

Ebenfalls fragwürdig ist die rechtliche Grundlage für eine solche Sicherheitstruppe, wie sie in San Francisco Zapotitlán eingesetzt wurde, denn theoretisch gibt es ja so etwas wie ein Gewaltmonopol – auch in Guatemala. Man stelle sich nur einmal vor, der aktuelle Bürgermeister stelle sich zwar bei den Wahlen im Herbst zur Wiederwahl, würde aber nicht gewählt und sein Nachfolger sähe keinerlei Nutzen mehr für die gemeindeeigenen Sicherheitskräfte. Werden sie dann zur Privatarmee des aktuellen Bürgermeisters? Werden sie von den staatlichen Polizeistrukturen absorbiert? Machen sie sich selbstständig? Und welche Rolle werden sie bei den Wahlen selbst spielen?

Die Männer, die die Sicherheitstruppe bilden, sind im Dorf bekannt und geniessen offenbar bereits jetzt nicht den besten Ruf: „Hoffentlich überschreiten sie ihre Kompetenzen nicht und werden nicht zu einem neuen Machtsektor innerhalb der Gemeinde“, äusserte sich eine Dorfbewohnerin skeptisch.

Wachsenden Gewalt gegen die Presse

Guatemala, 09. Mai. Sie sprach direkt vor bei der neuen Innenministerin Adela de Torrebiarte: Ileana Alamilla, Präsidentin der Kommission für Pressefreiheit der JournalistInnenvereinigung APG, brachte ihre Besorgnis um die schwierige Situation vor, in der die Presseschaffenden in Guatemala arbeiten. Diese sind immer wieder aggressiven Übergriffen ausgeliefert, aber auch Opfer gezielter Gewalttaten.

Alamilla erinnerte im Gespräch mit der Ministerin an die Zusammenstösse zwischen ReporterInnen von einem Radio- und einem Fernsehsender sowie einer Zeitung und einer Gruppe von LehrerInnen, die während einer Kundgebung im Rahmen ihrer Proteste im Zentrum der Hauptstadt offenbar betrunken die Presseleute beleidigten und schlugen.

Nach Beobachtung der APG-Präsidentin war bereits das vergangene Jahr gezeichnet von einem "beeindruckenden Anstieg" der Anzeigen wegen Aggressionen gegen die Pressefreiheit im Vergleich zum Jahr 2005.

Im laufenden Jahr sind die Übergriffe noch offensichtlicher geworden, allein seit dem 25. April bis Mitte Mai gab es schwerwiegende Vorfälle. So wurde im Quiché der Kameramann Rudy Toledo Mota von einer Kugel in den

Oberschenkel getroffen, abgegeben aus der Masse von AnwohnerInnen, die dabei waren einen vermeintlichen Kriminellen zu lynchen. Dieser entkam knapp dem Versuch des Mobs, ihn mit Benzin zu überschütten und anzuzünden. KollegInnen des getroffenen Reporters wurden mit Steinen und Stöcken verprügelt, das Auto eines Fernsehsenders in Brand gesetzt.

In Sololá griff ein Gruppe von BürgerInnen, offenbar angestiftet von einigen Autoritäten, fünf JournalistInnen an, die dabei waren, die Amtsübernahme einer indigenen Bürgermeisterin zu filmen, die von einem Teil der Bevölkerung nicht gewollt ist.

Tiefe Trauer löste unterdessen der Mord an dem Chefproduzenten des nationalweiten *Radio Sonora*, Mario Rolando López Sánchez, aus. Der 64-jährige wurde, just am Internationalen Tag der Pressefreiheit, dem 3. Mai, in der Nähe seiner Wohnung in der Hauptstadt von mehreren Kugeln getroffen und starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Da ihm weder seine persönlichen Papiere noch sein Auto gestohlen wurden, handelte es sich bei diesem Mord eindeutig nicht um einen Raubüberfall.

López Sánchez arbeitete seit 14 Jahren auf seinem Posten und ko-produzierte unter anderem das kritisch-po-

litische Programm "Casos y Cosas de la Vida Nacional" ("Fälle und Dinge des Nationalen Lebens"). Für seine Arbeit wurde er bereits mit dem Preis PROCEPER des *Zentralamerikanischen Programms der JournalistInnen* ausgezeichnet.

In Retalhuleu sehen sich die JournalistInnen und die Zivilgesellschaft in Bezug auf die Pressefreiheit insofern eingeschränkt, als dass offenbar die Bürgermeisterin des Ortes dafür gesorgt hat, den lokalen Fernsehkanal 46 zu schliessen. Für die ReporterInnen des Ortes stellte dieser Sender bislang einen offenen und demokratischen Raum dar, zu Diensten der FunktionärInnen und des Volkes. Vermutet wird die bürgermeisterliche Schliessaktion, da deren Amtsführung in einigen Nachrichtensendungen kritisiert worden war.

Den Unmut der Bürgermeisterin verstärkte unter anderem ein Vorfall, bei dem gewerkschaftlich organisierte Angestellte der Gemeinde in eine Sendung eingeladen wurden und die Nichtauszahlung ihrer Gehälter denunzierten. Die Bürgermeisterin sollte eigentlich in einem anderen Sender auftreten, um auf die Forderungen zu antworten, doch Personen mit Verbindungen zum kommunalen Stromlieferanten sabotierten das Interview, indem sie den Strom kappten.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Wann ist die Nachricht eine Nachricht (wert)?

Es gibt immer noch Leute, die an die Objektivität und Neutralität der Informationsarbeit glauben. Aber was ist überhaupt objektiv und was ist neutral? Und ausserdem: Wie sollte gerade eine Pressenachricht – im Gegensatz zu irgendeinem anderen menschlichen Produkt – keine subjektive Prägung derjenigen Person tragen, die sie geschrieben hat, Spuren ihrer Kultur in der Sprache und den Bildern? Wieso sollte eben sie nicht die Interessen des Informationsmarketings erfüllen und vor allem der Vorhaben der Machtgruppen, die die gesellschaftlichen Kommunikationsmittel kontrollieren? Markt und Macht entscheiden schliesslich, was eine Nachricht ist und was nicht und wie sie zu präsentieren ist.

In Guatemala gelten die Sorgen und Ängste der Leute, die arbeiten und bezahlen, die Erinnerungen und Frustrationen überleben und dabei Tag um Tag den Triumph erfahren, überlebt zu haben, als irrelevante oder nicht vorhandene Nachrichten.

Beispielsweise die AnwohnerInnen der Zone 6 in der Hauptstadt, die tagtäglich mit diesem enormen Loch von 50 Metern Durchmesser und mehr als 60 Metern Tiefe in ihrer Nachbarschaft leben, aus dem weiterhin nachts grummelnde Geräusche zu hören sind, wie vor dem Aufriss des Kraters vor wenigen Wochen. Das jetzige Grollen in der Tiefe deutet auf neue Erdrutsche hin: Die Abwässer fliessen immer noch bedrohlich dort unten her, während oben drüber sich die öffentlichen FunktionärInnen angesichts der nahenden Regenzeit keinerlei Eile anmerken lassen. Das ist Kleingedrucktes in unseren Medien.

Auch die hunderte oder vielleicht gar tausende Familien, die den Tropensturm Stan überlebten, sind 20 Monate später keine Nachricht mehr wert. Sie leben entmutigt, in überfüllten provisorischen Herbergen an verschiedenen Orten des Landes. Wie viele Familien sind es, in welchen Orten, unter welchen Bedingungen? Was haben sie unternommen, um einen Wohnraum und einen neuen Lebensraum zu bekommen? Was haben ihnen die RegierungsfunktionärInnen versprochen und was haben diese ihnen beschafft? Und... was machen sie, um nicht zu verzweifeln?

Und welche Nachrichten erhalten wir von all den vielen Leuten, die an den Grenzen ihrer Geduld Siedlungen und Fincas besetzen, um Wohnraum, Land oder Arbeitsrechte einzufordern und stattdessen von Polizei- und Militärkommandos vertrieben werden? Wenn die Kommunikationsmedien sich dann doch einmal mit diesen Fällen beschäftigen, präsentieren sie die Menschen unver-

meidbar als „Eindringlinge“, die gegen das Privateigentum verstossen. Ist das etwa Objektivität der Informationsarbeit?

Welche öffentliche Meinung bilden die Medien in Bezug auf die ausländischen Minenunternehmen, die mit der Erlaubnis des Kongresses und der Regierung 99% des Produktes gratis bekommen, inklusive Wasser und andere Naturressourcen? Was wissen wir Guatemaltekinnen von unserem Minenreichtum? Wie viel gibt es von welcher Qualität von unserem Gold, unserem Erdöl, unserem Silber, unserem Nickel, unserem Blei...? In welchen Regionen befinden sich Vorkommen? Warum vereinbart die Regierung die Verträge mit den Unternehmen, ohne die Bevölkerung zu konsultieren, so wie es die Gesetze festschreiben? Warum erlaubt die Regierung den Übertage-Abbau der Minen, ist er doch in der Europäischen Union, in den USA und vielen anderen Ländern verboten? Welche gesundheitlichen Folgen bringt er für die Bevölkerung mit sich? Welche biologische Vielfalt haben wir überhaupt? Welche ausländischen Firmen „bauen ab“ – oder sollte man besser sagen *plündern*? – den grossen Reichtum dieses Landes, und lassen die Mehrheit des Volkes in Armut leben? Welche Personen der lokalen Oligarchie sind GesellschafterInnen dieser ausländischen Unternehmen und welche Beziehungen pflegen sie zur Regierung und den Abgeordneten? Warum hüten die Medien ein solch hermetisches Schweigen angesichts dieser Themen? Und wenn sie berichten, dann zeigen sie bloss die Proteste der BürgerInnen und bringen sie dabei in Verruf, obwohl diese lediglich ihre Rechte geltend machen? Ist das etwa Neutralität der Presse?

Dagegen kommt die Wahlkampagne als grosse und farbenreiche Nachricht daher. Ein Spektakel, das eher an Komödiantentum erinnert und das durchaus erträglich wäre, würden sich dabei nicht einige wenige ambitionierte Persönlichkeiten, die im Dienst von Leuten mit viel Macht und wenig Ethik stehen, um das Schicksal von 12 Millionen guatemaltekischen BürgerInnen streiten. Zwar sind dabei unter den KandidatInnen durchaus Ausnahmen auszumachen, es sind nicht alle gleich unverschämt. Aber ich bleibe dabei, dass die Szene im Vorfeld der Wahlen mehr als entmutigend ist: Wochenlang schauen wir KandidatInnen zu, die eine Partei suchen, und Parteien, die auf KandidatInnensuche sind und... wir warten weiterhin auf jemanden, der oder die uns sein oder ihr Regierungsprogramm vorstellt.

Die Parteien sind Nutz- und Wegwerfapparate, die bestimmten Machtgruppen zur Verfügung stehen – sowohl

aus den USA oder der EU als auch aus der lokalen Oligarchie, dem Drogenhandel... – die aus dem Schatten heraus ihre Leute dirigieren, gekleidet in Ehrbarkeit, geschmückt mit Lächeln und Farben, „süss“ anzusehen mit alten Frauen und den Kindern, die, wenn es geht, Indígenas und arm sein sollten.

Eine weitere Nachricht ist stets der Streik des LehrerInnengremiums. Ein Event, das von dem Wahltheater nicht zu trennen ist, so beladen von Zweideutigkeiten und konfusen Interessen wie dieses selbst. Die LehrerInnen schwenken Fahnen zur Unterstützung der Massen gegen den Kampf gegen die Privatisierung der Bildung, für die Schulspeisung und die Zuteilung von Geldern, um die Lernbedingungen generell zu verbessern. Gleichzeitig senden sie völlig verworrene Botschaften aus: 35 Millionen Quetzales (ca. US-\$ 4,6 Mio.), die dem Gremium von der Regierung zugestanden wurden, sollen auf einmal dafür verwendet werden, das Honorar des Anwalts zu bezahlen, der sie seit Jahren berät; am launischen *Caudillo* ihrer Bewegung (Joviel Acevedo, die Red.) scheiden sich die Geister; und auch an der Forderung, der Kongress solle zu ihren Gunsten eine Amnestie erlassen, wobei sie dabei auf Absprachen mit Parteien eingehen, die bekannt sind für ihre Skrupellosigkeit, die Institutionalität des Staates zu untergraben. Im Gegenzug dafür sichern, sich auf einfache Weise Wahlstimmen zu.

Aber im Inneren des Landes – was längst nicht auf den inneren Seiten der Zeitungen nachzulesen ist – bewegt sich das wirkliche Leben. Hier werden die Nachrichten nicht von den ZaublerInnen des *Marketings* ausgewählt, sondern jedeR, der/die über einen freien Blick verfügt, kann sie selbst entdecken: *Wir wollen einfach nichts mehr von den KandidatInnen hören, wir haben die Nase voll von der ganzen Sache.* Das sagten die BewohnerInnen unseres Dorfes am letzten Sonntag, als sich die Gemeindeversammlung traf, um ihre VertreterInnen für den Entwicklungsrat zu wählen. Während sie also die Farce der Vorwahlzeit ablehnten, bereiteten sie sich in einer Zusammenkunft von 140 Männern und Frauen darauf vor, an der lokalen kommunalen Organisation teilzunehmen,

Jeden Tag werde ich Zeuge des Durstes der Leute nach Demokratie, nach Gerechtigkeit und nach Würde.

Aber die BesitzerInnen der Titelseiten der Zeitungen haben andere Interessen, sie verfolgen ein anderes Projekt. Und sie haben zweifellos auch ihr eigenes Verständnis der Objektivität und Neutralität von journalistischer Arbeit.